

Newsletter Wiard Siebels

Informationen unseres Wahlkreisabgeordneten aus dem Landtag



Finanzpolitische Klarheit Voraussetzung für Verfassungsänderung

SPD-Landtagsfraktion bindet Zustimmung zur „Schuldenbremse“ an vier Bedingungen

Die SPD-Landtagsfraktion ist bereit, eine Verpflichtung zu einer nachhaltigen Finanzpolitik in der Landesverfassung zu verankern.

Hintergrund dieser Entscheidung sei, erklärte Siebels, dass durch die Änderung des Grundgesetzes die so genannte Schuldenbremse ab 2016 für den Bund greifen wird. Für die Länder gelte sie dann spätestens 2020. Würde man auf eine eigene Regelung in der Landesverfassung verzichten, gäbe man wichtige Möglichkeiten aus der Hand, die Umsetzung der grundgesetzlichen Vorgabe in Niedersachsen zu gestalten, teilt Siebels weiter mit.

„Wir binden unsere Zustimmung zu einer Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung allerdings an vier Bedingungen“, sagt Siebels. Danach steht die SPD-Fraktion nicht für eine vorschnelle Verfassungsänderung ohne eingehende Darlegung der Finanzsituation des Landes zur Verfügung. „Wir verlangen von Ministerpräsident McAllister und Finanzminister Möllring einen Kassensturz, damit wir uns ein ungeschminktes Bild von der Situation des Landes machen können“, betont Siebels. Außerdem fordere die SPD-Fraktion eine seriöse Folgenabschätzung unter Einbeziehung unabhängiger Experten.

Als dritte Bedingung nannte die SPD-Fraktion eine konkrete Finanzplanung des Landes zur Sicherung „unaufgebbarer Staatsaufgaben“. „Unsere Landesverfassung schreibt das Sozialstaatsprinzip fest. Es muss also geklärt werden, wie künftig die von der Verfassung vorgegebenen Aufgaben in Einklang zu bringen ist. Eine Abkehr vom Sozialstaatsprinzip ist mit der SPD nicht zu machen“, unterstreicht Siebels. Vierte Forderung ist der weitgehende Ausschluss unbeherrschbarer Risiken für die Haushalte des Landes und der Kommunen.

Siebels weist darauf hin, dass auch die über die Gestaltung der Einnahmeseite diskutiert werden müsse. Es gäbe nicht nur eine Ausgabenverantwortung, sondern auch eine Einnahmeverantwortung. In diesem Zusammenhang erwarte die SPD von Ministerpräsident McAllister, dass er jegliche Steuersenkungspläne des Bundes, die auf die Kassen des Landes und der Kommunen in Niedersachsen negative Auswirkungen hätten, eine deutliche Absage erteile und er, wenn es dann zum Schwur im Bundesrat komme, auch bei seiner Position bleibe, betont Siebels abschließend.

(Das ausführliche Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zur Schuldenbremse kann über mein Büro gerne angefordert werden.)

Ausgabe Nr. 20 / Okt. 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

der 11. September war ein guter Tag für die SPD in Niedersachsen. Die Kommunalwahl in Niedersachsen hat sich damit in die Liste der Wahlerfolge des Jahres 2011 eingereiht. Die politische Landkarte hat sich 2011 beträchtlich verändert, und fest steht, der Norden wählt wieder rot.

Auch wenn die CDU am Ende vorne lag, hat die CDU landesweit die meisten Prozentpunkte verloren. Statt 41,3 Prozent verzeichnet sie jetzt 37,0 Prozent der Stimmen. Auch die FDP verliert und fällt von 7,7 Prozent auf 3,4 Prozent. Die SPD kommt landesweit auf 34,9 Prozent der Stimmen.

Damit wird die Luft für Ministerpräsident McAllister deutlich dünner. Was sich bereits in der Umfrage des NDR abzeichnete, wurde am 11. September noch einmal bestätigt. Schwarzgelb hat in diesem Bundesland keine Mehrheit mehr. Die kommenden Monate in der Landespolitik versprechen also einen hohen Grad an Spannung. Und wir dürfen gespannt sein, ob und wie die CDU in den kommenden Monaten die Weichen stellt, um einen neuen Koalitionspartner zu gewinnen.

Niedersachsen braucht wieder eine Regierung, die dieses Land mit Augenmaß in die Zukunft führt und dabei den sozialen Zusammenhalt in unserem Land nicht unter die Räder kommen lässt. Wir Sozialdemokraten haben Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen unseres Landes. Wir wissen, welche Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten Niedersachsen hat. Schwarzgelb lässt viele davon liegen.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Mit herzlichen Grüßen

Wiard Siebels

Kontakt: Wahlkreisbüro Wiard Siebels | Lichtenburger Weg 12 | 26603 Aurich | Telefon: 0 49 41 - 3387 | Fax 0 49 41 - 93 86 92 | buero@wiard-siebels.de | www.wiard-siebels.de

Siebels begrüßt Dinkla-Initiative zur Reform des Petitionswesens

Der Auricher Landtagsabgeordnete Wiard Siebels (SPD) begrüßt den Vorstoß von Landtagspräsident Hermann Dinkla zur Modernisierung des Petitionswesens. Er weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion bereits im Februar einen Antrag mit einem ähnlichen Tenor in den Landtag eingebracht hat. „Bisher hat die CDU-Landtagsfraktion auf diesen SPD-Vorstoß nicht reagiert. Es wäre nur zu hoffen, dass die Initiative des Landtagspräsidenten nun mehr Bewegung in die längst überfällige Reform des Petitionswesens bringt“, wünscht sich Siebels. Er weist aber darauf hin, dass der SPD-Antrag über die Vorschläge des Landtagspräsidenten hinaus geht. Die SPD fordert weitergehend:



- Die Allzuständigkeit des Petitionsausschusses, damit die unnötige Aufteilung der Beratungen in Petitionsausschuss und Fachausschuss ein Ende hat.

- Mit der Einführung einer E-Akte soll dann auch das Berichtertatterwesen verändert werden, weil dies durch die Verfügbarkeit der Unterlagen möglich wird. Dann sollen statt einem, zwei Bearbeiter eingesetzt werden.

- Eine monatliche Eingangsliste von Petitionen zu erstellen, damit die Abgeordneten möglichst frühzeitig Kenntnis von den Petitionen erhalten, um dann sinnvoll über das Anliegen beraten zu können.

- Auch die Möglichkeit für ein elektronisches Kinderpetitionsportal zu schaffen. Das Petitionsrecht ist nicht an die Volljährigkeit oder Geschäftsfähigkeit gebunden; benötigt wird daher auch eine Erklärung des Petitionsrechtes in kindgerechter Sprache.

- Das Sonderzuweisungsrecht des Petitionsausschusses an die bestehende Härtefallkommission.

Siebels stellt abschließend fest: „Ich freue mich auf interessante Beratungen im den Gremien und erhoffe mir durch den Vorstoß des Landtagspräsidenten mehr Schub für unsere Vorschläge.“

Siebels: Schnelles Internet für alle gesetzlich absichern



Wie der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels mitteilt, gibt es trotz vieler Fördermittel und Programme immer noch viele so genannte „weiße Flecken“ auf den Landkarten, die noch gar nicht oder nur unzureichend mit einem schnellen Internetanschluss versorgt sind.

„Auf das Thema DSL werde ich von den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis immer wieder angesprochen“, sagt Wiard Siebels. Im Landkreis Aurich sei man auf einem guten Weg, aber auch hier würden noch etliche Kommunen nicht versorgt sein, erklärt Siebels weiter. Prinzipiell möchte der Abgeordnete einen DSL-Anschluss ähnlich, wie das bei einem Telefonanschluss längst der Fall ist, als „Universaldienst“ gesetzlich festgeschrieben wissen.

Damit hätte jeder Bürger praktisch ein Grundrecht auf einen schnellen Internetzugang.

„Das ist auch notwendig, weil das Internet für alle gleichermaßen zugänglich sein muss“, fordert Siebels. Die SPD-Fraktion habe jetzt seit gut einem Jahr eine eigenständige Arbeitsgruppe zum Thema Internet. Dies habe sich als sehr hilfreich erwiesen, um die unterschiedlichen politischen Kompetenzbereiche zu bündeln, erklärt Siebels. „In vielen Dingen hinkt der Gesetzgeber der Realität noch hinterher“, kritisiert Siebels. Mal gehe es in diesem Bereich um wirtschaftliche Belange, dann sei wieder der Verbraucherschutz betroffen. Deshalb habe sich die Gründung Arbeitsgruppe als sehr effektiv erwiesen, unterstrich Siebels.

Siebels selbst hat für diese Arbeitsgruppe bereits zwei Anträge in den Landtag eingebracht. Der erste Antrag beschäftige sich mit der Wahrung der Netzneutralität, der zweite Antrag betrifft den Schutz der Verbraucher in sozialen Netzwerken. Insbesondere der Schutz der Verbraucher müsse gestärkt werden, so Siebels. Oberstes Gebot sei, dass der Verbraucher wisse, was mit seinen Daten passiere, so Siebels.

Siebels: Keine Umsetzung der Inklusion auf Landesebene in Sicht

Nach Einschätzung des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels ist in dieser Wahlperiode nicht mehr mit der Umsetzung eines niedersächsischen Inklusionsgesetzes zu rechnen. Die Regierungsfractionen hätten zwar nun angekündigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, aber mit einer Umsetzung des Gesetzes sei in dieser Wahlperiode nicht mehr zu rechnen. Dies habe Niedersachsens Kultusminister Bernd Althusmann auf der Herbsttagung des Schulleitungsverbandes in Celle erklärt, teilt Siebels mit. Damit bestätige Minister Althusmann die Vermutung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, dass die Regierung das Thema Inklusion aus partei- und wahltaktischem Kalkül nicht anfassen wolle, kritisiert Siebels.

Im März 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Seitdem erleben wir in Niedersachsen eine Politik des Wegduckens und Aussitzens, kritisiert Siebels weiter. Ministerpräsident McAllister hatte angekündigt, sich um das Thema Inklusion kümmern zu wollen,

aber es scheint auch hier wieder nur bei einer Ankündigung zu bleiben.

„Auch hier belegt Niedersachsen, wie schon in vielen anderen Bereichen, den letzten Platz, was den gemeinsamen Unterricht von Schülern und Schülern mit besonderem Förderbedarf angeht“, betonte Siebels. „Deutschlandweit werden 23,2 Prozent gemeinsam unterrichtet - in Niedersachsen sind es gerade mal 7,9 Prozent“, sagte Siebels.

Siebels hatte im Haushaltsausschuss bei den Haushaltsberatungen in den letzten Jahren die Einstellung entsprechender Mittel mehrfach angemahnt. Der Kultusminister habe lediglich immer wieder eine Lösung angekündigt ohne zu handeln. Für die betroffenen Menschen sei dieses jahrelange Aussitzen unwürdig, kritisiert Siebels. Er mahnte an, dass die Regierung sich nun endlich dieser Thematik annehmen müsse und den Beschlüssen aus 2009 Rechnung tragen müsse.

Bericht aus dem Oktoberplenium

Auf der Tagesordnung im Oktoberplenium standen eine Reihe von Anträgen zur Abstimmung, die zum Teil mit den Stimmen der Opposition beschlossen wurden. Allerdings hatte die Opposition eine Reihe von Änderungsanträgen dazu eingebracht. Beschlossen wurden Anträge zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes und ein Antrag zum Thema Prävention bei Extremismus.

Lange auf sich warten lassen hatte auch der Ausbau des Emdrer Hafens. Nachdem bereits der Haushaltsausschuss dem Flächentausch zugestimmt hatte, stimmte auch das Plenum dem Flächentausch Rysumer Nacken - Wybelsumer Polder zu. Sollte die landeseigene Hafengesellschaft N-Ports die nötigen Finanzmittel für Investitionen in die Hafenstruktur nicht zur Verfügung stellen, kommt der Flächentausch allerdings nicht zustande.

Die SPD-Fraktion brachte in das Oktoberplenium einen neuen Antrag zum Thema Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ein. Der Antrag geht jetzt in die Beratungen in den entsprechenden Fachausschuss. Für die nächste Sitzung im November wird unter anderem auch die Haushaltsberatung wieder eine Rolle spielen.

Spruch der Woche:

„Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist genauso wirkungsvoll wie der Versuch, mit einer weich gekochten Nudel einen Nagel in die Wand zu schlagen!“

(SPD MdL Ronald Schminke aus Hann.Münden in seiner Pressemitteilung zum Vergabegesetz)



Wir wünschen schöne Herbstferien!



Am Infostand der SPD Großheide



Mitgliederehrung im OV Upstalsboom



Infostand der SPD Aurich in der Fußgängerzone



Plakatierung für die Kommunalwahl



Mit Schülern der KGS Großefehn vor dem Landtag

Siebels: Streicht der Bund Fördermittel für Dorferneuerung?

Abgeordneter stellt Anfrage an die Landesregierung

Mit einer Anfrage über die Zukunft der Dorferneuerung hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels an die Landesregierung gewandt. In der aktuellen Berichterstattung ist derzeit die Rede davon, dass die Bundesregierung beabsichtigt, staatliche Fördergelder, die insbesondere für Agrarinvestitionen sowie Maßnahmen zur Dorferneuerung und Flurbereinigung eingesetzt werden, zu streichen bzw. um 100 Millionen Euro zu kürzen, berichtet Siebels. Nach ersten Annahmen würde sich durch diese Streichungen das Budget in Niedersachsen um 22 Prozent reduzieren, erklärt Siebels. Leider habe die Landesregierung bisher noch keine Stellungnahme abgegeben, ob und wie sie die Kürzungen kompensieren wolle, so Siebels weiter.

„Natürlich ist bei den Kommunen eine erhebliche Unsicherheit darüber zu verzeichnen, wie sich die Kürzungen sowohl auf die bereits begonnenen Maßnahmen als auch auf die in diesem Jahr neu ins Programm genommenen Dorferneuerungs- und Flurbereinigungsmaßnahmen auswirken“, sagte Siebels.

Deshalb habe er die Landesregierung gefragt, welche Erkenntnisse der Landesregierung über die geplanten Einsparungen vorlägen und wie die Landesregierung darauf reagieren möchte. Außerdem habe er nachgefragt, wie sich die anstehenden Einsparungen auf die bestehenden und auf die neu aufgenommenen Projekte auswirken würden und ob die Landesregierung im Fall von Kürzungen im Bund die Mittel aus eigener Tasche kompensieren wolle, so Siebels.

Es könne nicht sein, so Siebels, dass sich die schwarzgelbe Bundesregierung auf Kosten der Länder und Kommunen einen schlanken Fuß mache und dadurch der ländliche Raum abgehängt werden würde, kritisiert Siebels.

NEWSLETTER

Dieser Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen, soll aber einmal im Quartal erscheinen. Wer möchte, kann den Newsletter auch an Interessierte weiterleiten.